



HESSISCHER LANDTAG

09. 07. 2026

Kleine Anfrage

Moritz Promny (Freie Demokraten) vom 29.01.2026

Datengrundlagen und Maßnahmen zur Bekämpfung des Linksextremismus in Hessen

und Antwort

Minister des Innern, für Sicherheit und Heimatschutz

Vorbemerkung Fragesteller:

Innenminister Roman Poseck hat in der Pressemitteilung vom 5. Januar 2026 vor wachsenden Gefahren durch den Linksextremismus gewarnt und dabei auf einen Anstieg der politisch linksmotivierten Straftaten in Hessen in den vergangenen Jahren hingewiesen. Zugleich werden einzelne herausgehobene Fälle, Szeneschwerpunkte und ideologische Verknüpfungen benannt. Aus diesem Grund sind eine in gleicher Tiefe zugrunde liegende Datengrundlagen erforderlich, die konkrete Ressourcenverteilung und die Wirkung der eingeleiteten Maßnahmen transparent gemacht werden.

Vorbemerkung Minister des Innern, für Sicherheit und Heimatschutz:

Auch wenn der Rechtsextremismus derzeit die größte Gefahr für die freiheitliche demokratische Grundordnung im Land darstellt, stellt die Landesregierung zugleich fest, dass der Linksextremismus als eigenständige extremistische Erscheinungsform an Bedeutung gewinnt und immer gefährlicher wird. Dies zeigt sich insbesondere in zunehmender Mobilisierung, einer steigenden Zahl politisch motivierter Straftaten sowie in der Bereitschaft einzelner Akteure, politische Auseinandersetzungen außerhalb des rechtsstaatlichen Rahmens zu führen. Zwischen 2020 und 2024 ist die Zahl der gewaltorientierten Linksextremisten in Hessen um rund 26 Prozent gestiegen. Die Landesregierung blickt daher mit Sorge darauf, dass auch vom Linksextremismus konkrete Gefahren für den demokratischen Rechtsstaat ausgehen.

Um dem Anstieg linksextrem motivierter Gewalttaten zu begegnen, bündelt die hessische Polizei ihre Kräfte in der temporären, interdisziplinären Ermittlungs- und Auswerteeinheit „HeLiX ST“. Schwerpunkt ist die Analyse von Vernetzungsstrukturen innerhalb der linksextremistischen Szene sowie die Ableitung zielgerichteter repressiver und gefahrenabwehrrechtlicher Maßnahmen.

Flankierend wurde ein Hessisches Präventionsnetzwerk gegen Linksextremismus unter Einbindung von Sicherheitsbehörden und zivilgesellschaftlichen Akteuren gegründet und die „Fachstelle Linksextremismus Hessen“, die eine landesweite Beratung für Betroffene und deren Umfeld anbietet, eingerichtet. Ergänzend wird ein weiteres Präventionsprojekt zu Erscheinungsformen und Gefahren des Linksextremismus umgesetzt.

Zur Stärkung der präventiven Arbeit richtet das LfV Hessen die „Kompetenzstelle Linksextremismus“ (KOLEX) ein. Diese sensibilisiert für linksextremistische Bestrebungen, bietet einzelfallbezogene Beratung und entwickelt Handlungsempfehlungen. Perspektivisch soll auch eine Distanzierungs- und Ausstiegsberatung etabliert werden.

Darüber hinaus richtet das LfV Hessen zur Intensivierung der personenbezogenen Bearbeitung eine spezialisierte Einheit zur fokussierten Beobachtung herausragender Akteure des Linksextremismus (FOBALEX) ein.

Es wird zudem auf die Beantwortung der Großen Anfrage, Drucksache 21/3148, verwiesen.

Die Vorbemerkungen vorangestellt, beantworte ich die Kleine Anfrage im Einvernehmen mit dem Hessischen Minister der Justiz und für den Rechtsstaat wie folgt:

Frage 1 Wie viele Personen werden nach Kenntnis der Landesregierung aktuell in Hessen als links-extremistische Personen, als „gewaltorientierte“ Linksextremisten und als „sonstige Personen im linksextremistischen Personenpotenzial“ geführt? Bitte für die Jahre 2020 bis 2025 tabellarisch aufschlüsseln.

Die folgende Tabelle enthält das Personenpotential für die Jahre 2020 bis 2024. Das Personenpotenzial für das Jahr 2025 wird mit dem Verfassungsschutzbericht veröffentlicht werden.

Jahr	2020	2021	2022	2023	2024
Linksextremisten insgesamt (nach Abzug von Mehrfachmitgliedschaften)	2.600	2.770	2.650	2.600	2.600
Gewaltorientierte Linksextremisten	580	590	600	720	730
Sonstige Linksextremisten (Marxisten-Leninisten, Trotzisten, u. a.)	2.400	2.500	2.350	2.290	2.270

Frage 2 Wie viele politisch linksmotivierte Straftaten wurden in Hessen in den Jahren 2020 bis 2025 jeweils erfasst, aufgliedert nach Staatsschutzdelikten, Körperverletzungsdelikten, Brandstiftungen/Explosionen, schwerer Landfriedensbruch, Sachbeschädigungsdelikten, sonstigen Deliktgruppen?

Frage 3 Wie viele Tatverdächtige wurden in den Jahren 2020 bis 2025 in Hessen im Bereich der politisch linksmotivierten Kriminalität ermittelt?

Frage 5 Wie viele Ermittlungsverfahren und wie viele rechtskräftige Verurteilungen wegen politisch linksmotivierter Straftaten gab es in Hessen in den Jahren 2020 bis 2025? Bitte nach Jahr, Deliktgruppe und Strafmaß – Geldstrafe, Bewährungsstrafe, Freiheitsstrafe – differenzieren.

Die Fragen 2, 3 und 5 werden aufgrund des Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Eine statistische Erfassung bezüglich des Ausgangs der Ermittlungsverfahren beziehungsweise der rechtskräftigen Verurteilungen und des verhängten Strafmaßes findet nicht statt.

Die vor diesem Hintergrund vorliegenden Zahlen sind der nachfolgenden Tabelle zu entnehmen.

	2020	2021	2022	2023	2024	2025
Tatverdächtige	-311-	-107-	-255-	-193-	-89-	-173-
Gesamt	-682-	-366-	-241-	-293-	-314-	-874-
Staatsschutzdelikte	-4-	-6-	-3-	-7-	-13-	-22-
Körperverletzungsdelikte gem. §§ 114, 211, 223, 224, 249, 250 StGB	-66-	-41-	-12-	-11-	-8-	-32-
Brandstiftungen Explosionen gem. §§ 306-308 StGB	-7-	-9-	-4-	-3-	-3-	-6-
Besonders schw. Landfriedensbruch gem. § 125a StGB	-3-	-3-	-0-	-0-	-0-	-1-
Sachbeschädigung gem. §§ 303-305a StGB	-290-	-202-	-121-	-151-	-168-	-294-
Andere Straftaten	-312-	-105-	-101-	-121-	-122-	-519-

Frage 4 In welchen Städten und Landkreisen Hessens wurden in den Jahren 2020 bis 2025 die meisten politisch linksmotivierten Straftaten registriert? Bitte nach Jahr, Kommune/Landkreis aufschlüsseln.

Jahr	2020	2021	2022	2023	2024	2025
Stadt mit Fallzahlen	Homburg (Ohm) -181-	Frankfurt -127-	Frankfurt -104-	Frankfurt -100-	Frankfurt -89-	Wiesbaden -443-

- Frage 6 Über welche personellen und organisatorischen Ressourcen verfügt die hessische Polizei zur Bekämpfung linksextrem motivierter Straftaten aktuell konkret, insbesondere Anzahl der Dienstposten in den Staatsschutzabteilungen, die überwiegend mit linksmotivierter Kriminalität befasst sind, Zahl der spezialisierten Ermittlerinnen und Ermittler in diesem Phänomenbereich, Anzahl der dem Landesamt für Verfassungsschutz zugeordneten Stellen mit Schwerpunkt Linksextremismus, jeweils im Vergleich zu den Ressourcen für andere extremistische Phänomenbereiche?

In Hessen liegt die Bekämpfung der politisch motivierten Kriminalität in der Zuständigkeit der Kriminalinspektionen Staatsschutz der sieben Flächenpräsidien sowie der Abteilung Staatsschutz des HLKA. In diesen Organisationseinheiten arbeiten fachlich speziell für den Bereich des polizeilichen Staatsschutzes geschulte Sachbearbeiter. Die Aufgabenfelder umfassen sowohl den gefahrenabwehrrechtlichen als auch den repressiven Bereich des Staatsschutzes. Aufgrund des heterogenen, regional unterschiedlichen Aufkommens der politisch motivierten Kriminalität der einzelnen Phänomenbereiche wird stetig eine Beurteilung und gegebenenfalls Anpassung der Zuteilung der Stellen in den Phänomenbereichen vorgenommen.

Das LfV Hessen verfügt laut Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2025 über 386,5 Planstellen. Der Personalbestand des LfV Hessen wird entsprechend des gesetzlichen Auftrags nach § 2 Abs. 2 des Hessischen Verfassungsschutzgesetzes und der damit verbundenen Aufgabenstellung nach fachlichen Priorisierungsaspekten auf sechs Abteilungen verteilt: Zentralabteilung, Rechts-extremismus/-terrorismus, Operative Fachdienste, Islamismus und islamistischer Terrorismus/Salafismus, Linksextremismus/-terrorismus und auslandsbezogener Extremismus/Terrorismus, Prävention/phänomenübergreifende Analyse. Die Verteilung des Personalbestands auf die einzelnen Organisationseinheiten trägt den konkreten Anforderungen bezüglich der Beobachtung der Phänomenbereiche sowie den Veränderungen extremistischer Bestrebungen Rechnung.

Die konkrete Angabe zur Verteilung von Planstellen auf die einzelnen Organisationseinheiten im Landesamt für Verfassungsschutz ist aufgrund der Erfordernisse des operativen Geheimschutzes nicht möglich. Einer dahingehenden detaillierten Auflistung stehen Gründe des Staatswohls entgegen. Andernfalls würden – insbesondere ausländischen staatlichen Akteuren – Rückschlüsse auf die Aufklärungsfähigkeiten, die Arbeitsschwerpunkte sowie die konkret zur Verfügung stehenden Kapazitäten ermöglicht, was die künftige Aufgabenerfüllung der Behörde und dadurch mit der Sicherheit des Landes Hessen zugleich ein überragend wichtiges und schutzwürdiges öffentliches Interesse gefährden würde. Die Landesregierung ist daher nach sorgfältiger Abwägung zu der Auffassung gelangt, dass das staatliche Geheimhaltungsinteresse vorliegend das Offenlegungsinteresse im Rahmen der hiesigen Anfrage überwiegt.

- Frage 7 Welche Projekte, Programme oder Modellvorhaben zur Prävention von Linksextremismus wurden in den Jahren 2020 bis 2025 in Hessen gefördert, jeweils mit Angabe von Träger, inhaltlichem Schwerpunkt (zum Beispiel schulische Prävention, politische Bildung, Ausstiegsarbeit, Online-Prävention), Laufzeit und Fördervolumen pro Jahr.

Zur Beratung von Betroffenen, Angehörigen, Fachkräften und Institutionen über das Thema Linksextremismus und damit zur Prävention von linksextremistischen Radikalisierungen sowie zur Stärkung unserer freiheitlichen demokratischen Grundordnung wird derzeit mit Mitteln aus dem Landesprogramm „Hessen – aktiv für Demokratie und gegen Extremismus“ eine landesweite „Fachstelle Linksextremismus Hessen“ aufgebaut (finanzielle Ausstattung bis 2029 mit EUR 400.000,00 Euro). Träger ist das Netzwerk für politische Bildung, Kultur und Kommunikation e. V. (NBKK). Die Fachstelle informiert zum Linksextremismus und berät zum Umgang mit linksextremistischen Einstellungen. Darüber hinaus unterstützt sie dabei, links-extremistische Ideologien, Strukturen und Erscheinungsformen aufzuklären, Entwicklungen frühzeitig zu erkennen sowie diese einzuordnen und ihnen entgegenzuwirken.

Seit 2020 werden zudem in hessischen Landkreisen, kreisfreien Städten und Sonderstatusstädten circa 30 „Fachstellen für Demokratie und phänomenübergreifende Extremismusprävention“ (DEXT-Fachstellen) gefördert. Die Förderung beläuft sich auf jährlich grundsätzlich bis zu 50.000,00 Euro. Die Fachstellen verfolgen einen phänomenübergreifenden Ansatz. Die DEXT-Fachstellen dienen als erste Anlaufstelle, wenn verfassungsfeindliche Bestrebungen auftreten. Sie koordinieren Fort- und Weiterbildungen (unter anderem für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Behörden). Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der DEXT-Fachstellen sind eng mit lokalen, auch polizeilichen Akteurinnen und Akteuren vernetzt.

Ergänzend wird auf die Vorbemerkung verwiesen.

Frage 8 In wie vielen Fällen wurden in Hessen seit 2020 Veranstaltungen, Versammlungen oder Räumlichkeiten im Zusammenhang mit der Bekämpfung des Linksextremismus beschränkt oder verboten (zum Beispiel Auflagen, Auflösungen von Versammlungen, Untersagung von Veranstaltungen, Schließung von Treffpunkten)?

Der Landesregierung liegen keine gesammelten Daten im Sinne der Anfrage vor. Die Zuständigkeit liegt bei den Ordnungs- beziehungsweise Versammlungsbehörden.

Frage 9 Welche quantitativen und qualitativen Zielgrößen nutzt die Landesregierung, um die Wirksamkeit der Bekämpfung des Linksextremismus zu messen (zum Beispiel Rückgang bestimmter Deliktgruppen, Verringerung des Personenpotenzials, Teilnahmezahlen und Erfolgsquoten von Präventionsprojekten)?

Eine Bewertung der Wirksamkeit von Maßnahmen zur Bekämpfung des Linksextremismus wird anhand von Lageberichten und anhand eines mehrdimensionalen Ansatzes vorgenommen, der sowohl quantitative als auch qualitative Kriterien berücksichtigt.

Hierzu zählen insbesondere:

- die Entwicklung der Fallzahlen politisch linksmotivierter Straftaten in einzelnen Deliktgruppen,
- Veränderungen im Personenpotential,
- Lagebewertungen zu Gewaltorientierung und Mobilisierungsfähigkeit der Szene auf der Grundlage der polizeilichen Erkenntnisse,
- Erkenntnisse, die aus Ermittlungsverfahren generiert werden können,
- qualitative Bewertung der Sicherheitslage durch Polizei und Verfassungsschutz.

Wiesbaden, 3. Juli 2026

Prof. Dr. Roman Poseck